

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertunden“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Bezugspresse: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1,50 einschl. 13 bezw. 20 Pfa. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1,40 einschl. 18 Pfa. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfa. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfa. Schriftleitung, Druck und Verlag: G. W. Jaiser (Inh. R. Jaiser), Nagold

Anzeigenpreise: 1 spaltige Bergzelle ober deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J. Restamesse 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Aufschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfach No. 5113

Nr. 59 Begründet 1827 Freitag, den 11. März 1932 Fernsprecher Nr. 29 106. Jahrgang

Tagespiegel

In nächster Woche werden verschiedene Ausschüsse des Reichstags die Arbeit wieder aufnehmen. Im Haus Ausschüsse werden wieder Anträge über Aufhebung der Notverordnungen zu behandeln sein. Der Reichsfinanzminister wird vertrauliche Auskunft über die Darlehen geben, die an verschiedene Unternehmungen aus Reichsmitteln gegeben worden sind.

Der brandenburgische Provinziallandtag lehnte am Donnerstag zum ersten Mal seit seinem Besetzen den Haushaltplan auch in dritter Lesung ab. Zur Planfestsetzung wird jetzt ein Staatskommissar eingeteilt werden.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat zur Reichspräsidentenwahl einen Aufruf erlassen, in dem ganz Bayern mit eindringlichen Worten aufgefordert wird, Generalfeldmarschall von Hindenburg zu wählen. Hindenburgs Wahl allein biete Sicherheit gegen Bürgerkrieg im Innern und gegen feindliche Uebergriffe von außen.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. erklärt, die NSDAP. weise die lediglich zum Zweck der Wahlbeeinflussung unternommenen Versuche, sie mit angeblichen Hochverratsplänen, wie sie neuerdings der NSDAP. vom Berliner Polizeipräsident im Zusammenhang mit der Verhaftung von nicht der NSDAP. angehörenden Polizeibeamten unterstellt werden, auf das entschiedenste zurück. Die NSDAP. stehe auf dem Boden der Legalität und werde die Macht im Staat auf legalen Weg erringen. Wer gegen diese strenge Anordnung verstohe, stelle sich außerhalb ihrer Reihen. Im Hinblick auf diese völlig einwandfreie Haltung der NSDAP. können unbewiesene Behauptungen und Gerüchte, die das Gegenteil wahr haben möchten, nur als bewusste Wahlmanöver zur Beunruhigung der Öffentlichkeit gewertet werden. Es wird dann weiter gefragt, wer die einzigen seien, die nach den Behauptungen der verschiedenen Minister den Bürgerkrieg im Fall eines Wahlsiegs Hitlers herbeiführen wollten.

Die vom Redaktionsausschuss des Völkerverbands unterzeichnete Entschließung besagt: Es wird die Einsetzung eines Ausschusses von 19 Mitglieðern beschlossen, der die Regelung des deutsch-japanischen Streits weiter behandeln wird. Dieser Ausschuss hat der Bundesversammlung sobald wie möglich darüber Bericht zu erstatten, daß die Feindseligkeiten eingestellt und die japanischen Truppen zurückgezogen worden sind. Die Zurückziehung der japanischen Truppen hat sich auch auf die Mandchurei zu erstrecken. Gegebenenfalls soll der Saager Gerichtshof um ein Gutachten angegangen werden.

Die französische Kammer hat einem von der Regierung beantragten Kredit von 300 000 Franken (rund 50 000 Mk.) für eine nationale Leihensfeier für Briand bewilligt.

Der südslawische Unterrichtsminister hat die Eröffnung von 17 neuen deutschen Parallelklassen an den bestehenden staatlichen Volksschulen angedeutet. Die Verfügung betrifft hauptsächlich Volksschulen in Slowenien.

Der neue norwegische Ministerpräsident Hundvold hat sein Kabinett gebildet.

Der irische Landtag wählte mit 81 gegen 68 Stimmen den radikalen Republikaner Valera zum Vorsitzenden des Ministerrats.

Auf Beschluß des Vollzugsausschusses der Kuomintang wird am 1. April eine chinesische Nationalkonferenz zusammengetreten.

Neue Nachrichten

Festnahme von Polizeibeamten in Berlin

Berlin, 10. März. Der Polizeipräsident teilt mit: Wegen des dringenden Verdachts, sich des Hochverratsverbrechens schuldig gemacht zu haben, wurden am gestrigen Tage der Polizeileutnant Kurt Lange, der Polizeiwachmeister Hans Schulz-Berlesin und die Buchhalterin Gertrud Müller festgenommen. Die Angeeschuldigten sind überführt, sich Pläne der Polizeiunterkünfte, der polizeilichen Waffen- und Munitionslager beschafft und an maßgebende Stellen in der NSDAP. weitergeleitet zu haben. Eine noch nicht ermittelte Persönlichkeit, die der Gauleitung Berlin der NSDAP. angehört, hat die Beschuldigten zu ihrem Vorgehen veranlaßt. Die polizeilichen Ermittlungen werden fortgesetzt.

Berdächtigungen des „Matin“

Berlin, 10. März. Der Pariser „Matin“ behauptet, deutsche Industriewerke wollten China eine Anleihe geben. Dazu wird W.T.B. aus maßgebenden Kreisen der Industrie mitgeteilt:

Schon seit Wochen ist die Weltöffentlichkeit durch eine Neuermüdung darüber unterrichtet, daß zwischen der chinesischen Nationalregierung und einem deutschen Großunternehmen ein Vorvertrag über die Errichtung eines Hochovens,

Die Notverordnung für den Einzelhandel

Die neue Notverordnung für den Einzelhandel, von der wir bereits einen kurzen Auszug mitteilen konnten, behandelt wichtige Fragen der Güterverteilung und einige bedeutsame wirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. die Ermächtigung der Reichsregierung, für gewisse Inlanderzeugnisse Ausfuhrzölle festzusetzen.

Zunächst wird das seit langem unstrittige Gebiet des Zugabewesens geregelt. Seit der Inflationszeit hat die Notlage durch Gewährung von Zugaben einer immer weiteren Umfang angenommen und in immer mehr Formen gezeigt, die das reelle Geschäftsleben zu gefährden drohen. Diese Entwicklung brachte die Gefahr, daß schließlich die Aufmerksamkeit des Publikums von der Hauptware abgelenkt und ein Kaufreiz nicht lediglich durch die Güte der Hauptware, sondern durch Gewährung der Nebenverleiße wachgerufen wurde. Schließlich war zu befürchten, daß bei der weiteren Ueberwucherung des Zugabewesens die Güte der Hauptware litt oder eine Preisbemessung die Folge war, die den Käufer nur schädigte. Die Notverordnung stellt an die Spitze das Verbot des Angebots, der Ankündigung oder der Gewährung von Zugaben, geht also damit über die österreichische Gesetzgebung hinaus. Die Regelung ist aber keineswegs so radikal, wie es zunächst aussieht, da eine Reihe von Ausnahmen zugelassen werden. Diese schränken das Verbot erheblich ein, um die Kundenwerbung nicht zu stark einzuschränken und um den Uebergang für die Beteiligten weniger fühlbar zu machen. Die wichtigste Ausnahme ist die Bestimmung, daß Zugaben erlaubt sind, wenn der Gewährer an Stelle der Zugabe einen fest genau bezeichneten Geldbetrag bar ausbezahlen sich erbietet, der nicht geringer als der Einstandspreis der Zugabe sein darf. Auch die Erteilung von Rechtsauskünften und die Versicherungsleistungen für Bezahler von Zeitungen und Zeitschriften bleiben unbeeinträchtigt. Von einer unentgeltlichen oder Gratiszugabe darf aber sofort in keinem Fall gesprochen werden. Die Durchführung des Gesetzes ist ganz in die Hand der Wettbewerber selbst gelegt. Diese haben einen Unterlassungsanspruch und gegebenenfalls Schadenersatzansprüche. Polizei- und Staatsanwaltschaft werden nur auf Veranlassung durch Privatklage einschreiten. Die neuen Zugabevorschriften treten am 10. Juni in Kraft. Zugabegeschäfte, die bereits eingeleitet sind (Ergänzung der für die Zugabe erforderlichen Gutsscheinungen) werden durch die Vorschriften nicht berührt.

Die Bestimmungen über die Neuregelung und Einschränkung des Ausverkaufswesens wollen den lebhaften Klagen obliegen, die aus den beteiligten Kreisen seit langem über immer weitergehende Mißbräuche bei der Veranstaltung von Ausverkäufen laut geworden sind. Die üblichen Sol-

denzschuß- und Inventurverkäufe bleiben von der Verordnung unberührt, auch Sonderverkäufe zur Räumung eines bestimmten Warenvorrats aus den vorhandenen Beständen können bei Vorliegen hinreichender Gründe weiter veranstaltet werden, dürfen aber nicht mehr als Ausverkäufe bezeichnet werden. Mit der Einschränkung des Ausverkaufswesens dürfte besonders den kleineren Geschäften gebüht sein. Aus diesen Kreisen sind verschiedentlich noch weitergehende Beschränkungen gewünscht worden. Auch in Zukunft werden vermutlich noch Einzelfälle strittig sein. Es ist aber zu hoffen, daß der Zweck der Neuregelung erreicht wird, nämlich die in letzter Zeit eingetretene Verwirrung des Käufers durch ungezählte Sonderveranstaltungen, die das reguläre Angebot schon fast zur Ausnahme und die saisonmäßigen Geschäftsschwankungen noch empfindlicher machen, zu vermeiden.

Die Maßnahmen gegen eine unbillige Erschwerung der Existenz mittlerer und kleinerer Einzelhandelsgeschäfte durch die in den letzten Jahren sehr stark ausgedehnten Einheitspreisgeschäfte werden vielfach enttäuscht. Die Vorschläge des Einzelhandels gingen auf eine völlige Unterbindung des Einheitspreisgeschäfts in Deutschland hinaus. Die Reichsregierung hat nur bestimmt, daß bis zum 1. April 1934 in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern neue Einheitspreisgeschäfte nicht mehr errichtet werden dürfen. Die zuständigen Landesbehörden können Ausnahmen zulassen, es ist aber kaum anzunehmen, daß zunächst hiervon Gebrauch gemacht wird. Die weiteren Vorschriften, die die Klärung des Begriffs Einheitspreisgeschäft sowie die Vermeidung der zu Einheitspreisen angebotenen Warenfortimente und der Mengen, Maße und Gewichte dieser Waren betreffen, dienen vor allem der Aufklärung des Käufers. Eine Konfessionierung der Warenhäuser selbst ist in der Notverordnung nicht enthalten. Sie war beinahe unter anderem in einem Antrag des württembergischen Ministeriums gefordert und auch im Reichswirtschaftsrat durch Sachverständige erörtert worden. Die Reichsregierung glaubt aber, ein Verbot der Errichtung neuer Warenhäuser sei zur Zeit kaum praktikabel, da nach dem Ausbau der Warenhäuser in den letzten Jahren kaum irgendwo die Reingung bester, neue Warenhäuser zu errichten.

Einpruch der Warenhäuser

Berlin, 10. März. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser wendet sich in einem Schreiben an den Reichskanzler gegen die in der Notverordnung vorgesehene Sperre für Errichtung von Einheitspreisgeschäften in mittleren und kleinen Städten. Dies sei eine Verletzung der Gewerbefreiheit.

Stahl- und Walzwerks im Wert von etwa 20 Millionen Golddollar abgeschlossen ist.

Diese Reduktion wird heute vom „Matin“ aufgenommen, um aus diesem Vorvertrag Verdächtigungen und Vorwürfe gegen Deutschland abzulenken, die in jeder Beziehung abwegig sind. Unter dem Druck seiner auswärtigen Verpflichtungen ist Deutschland und mit ihm die deutsche Industrie gezwungen, alles zu tun, um seine Ausfuhr zu fördern. Trotz seiner außerordentlich eingeschränkten Kapital- und Kreditgrundlage muß Deutschland den Versuch machen, auch solche Pläne zu finanzieren. Davon, daß etwa Deutschland 20 Millionen Golddollar der chinesischen Nationalregierung leihe, kann keine Rede sein. Es ist bezeichnend für die Verwirrung, die bei einigen französischen Blättern herrscht, daß man uns auf der einen Seite vorwirft, unseren politischen Verpflichtungen nicht nachzukommen, auf der anderen Seite aber jeden Versuch, unsere Ausfuhr zu steigern und damit unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, zu verhindern sucht.

Bombenfabrik in der Pfalz

Pirmasens, 10. März. Die Justizpressestelle beim Landgericht Zweibrücken teilt mit, daß in Pirmasens ein neues Verfahren wegen Verfehlungen gegen das Sprengstoffgesetz schwebt. Das erste betraf ein kommunistisches Bombenlager bei Pirmasens. Der neue Fall betrifft Leute, die der nationalsozialistischen Partei angehören oder angehört haben. Wegen des Diplomingenieur Theodor Eide, Leiter des Sicherheitswesens der IG-Farbenindustrie in Ludwigshafen, den Kraftfahrer Friedrich Berni, den Kaufmann Philipp Sahn und den Olfier Friedrich Ebelshäuser, letztere drei in Pirmasens, wurde Haftbefehl erlassen. Eide soll eingestanden haben, etwa 80 Bomben hergestellt zu haben, die dem Schutz gegen kommunistische Angreifer dienen sollten. Eide behauptet, er habe dabei keine Mithelfer gehabt.

Die „Köln. Ztg.“ erzählt dazu, am Dienstag seien alle Regierungspräsidenten Waperns zu einer Besprechung nach München gerufen worden, die sich auch mit dieser Bombenangelegenheit befaßt habe. Anstoß zu der Verhaftung habe ein unterschreibter Brief gegeben, der von der Oberpostdirektion geöffnet worden sei, um den Absender zu ermitteln. Es handle sich anscheinend um einen kommunistischen Racheakt.

Die „Reichspost“ über österreichische Finanz- und Währungsfragen

Wien, 10. März. Das österreichische Regierungsblatt, die „Reichspost“, meldet, die Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern der Kreditanstalt haben sowohl hinsichtlich der Abdeckung der Forderungen des Instituts, als auch über die Regelungen der Kapitalrückzahlungen ein größeres Entgegenkommen gefunden, als erwartet wurde. Die österreichische Regierung habe die Clearingverträge mit Italien und der Schweiz zum 4. April gekündigt, sie habe sich aber zugleich bereit erklärt, mit diesen beiden Staaten in Verhandlungen zu treten, wie der Zahlungsverkehr nach Ablauf der Clearingverträge geregelt werden soll.

Gerhardt Hauptmann bei Borah

Washington, 10. März. Senator Borah empfing heute Herrn und Frau Hauptmann. Gerhart Hauptmann verließ seiner Freude Ausdruck, daß er den Mann kennen lerne, dem die internationale Bewegung für das deutsche Volk zum Ausdruck gebracht, das gegenwärtig einen zweiten Weltkrieg durchzumachen habe, das sich trotzdem so tapfer halte und nach wie vor kulturell an der Spitze der Völker marschiere. Borah habe seine bekannte entschiedene Verurteilung des Versailler Vertrags wiederholt. Europa werde sich nicht erholen, solange der Versailler Vertrag nicht geändert werde.

Amerikanisches Gesetz gegen das Verbrechermwesen

Washington, 10. März. Offenbar unter dem Eindruck der Einführung des Lindberghfalls hat das Abgeordnetenhaus ein Gesetz angenommen, das die Abfindung von Drohbrieffen durch die amerikanische Post zu einem Verbrechen gegen den Bund erklärt, das mit 20 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldbuße zu bestrafen ist.

Der „Bund des Todes“ in Japan

London, 10. März. Der Berichterstatter der „Times“ in Tokio meldet, die japanischen Behörden seien auf die Spuren einer Geheimverbindung gekommen, die sich „Bund des Todes“ nenne, in dem nach den Angaben der japani-



ischen Polizei unerfahrene junge Leute dazu überredet worden seien, die Sache der alten Religion und der Vaterlandsliebe politische Worte zu begeben. Der „Bund des Todes“ habe seine Waffen von dem Bruder eines buddhistischen Priesters und einem japanischen Marineflieger erhalten. Der Priester habe auf der Londoner Konferenz den Flieger kennengelernt und mit ihm den Grundstock zum Bund gelegt. In Japan habe sich ihnen ein Schul-lehrer angeschlossen, der unter der ländlichen Bevölkerung warb. Der Priester suchte unter den Gläubigen Anhänger. Der Flieger fand bei den Kämpfen um Schanghai am 5. Februar den Tod. Vier Tage später erlösch eines der Mitglieder des Bundes den früheren Finanzminister Inoue. Einen Monat darauf wurde von einem anderen der Baron Takuma Dan getötet. Die Polizei fahndet nach dem Priester und dem Lehrer. Sie hat zwei Politiker verhaftet, die einem vaterländischen Bund angehören und die dem „Bund des Todes“ nahegestanden haben sollen.

Verbannung für den spanischen Staatsfeind von 1923

Madrid, 10. März. Die zur Nachprüfung der Verantwortung für den Staatsfeind von 1923 eingesetzte Kommission hat ihren Bericht über die Strafen, die gegen die Urheber des Staatsfeinds, nämlich die Mitglieder des Direktoriums Primo de Rivera und die den Diktaturregierungen vom Dezember 1923 bis Januar 1928 angehörenden Minister verhängt werden sollen, nunmehr eingereicht. In dem Bericht wird Verbannung auf 20 Jahre mit dauerndem Verlust der bürgerlichen Rechte für sämtliche Angeklagte gefordert. Darunter befinden sich der König Alfons, die Generale Saro, Calvo Cantó, Frederico Berenguer, Jordana, Amida und viele andere Militär- und Zivilpersonen, unter den letzteren auch Panguas. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Die konstituierenden Cortes werden als oberstes Gericht, gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht möglich ist, amtieren.

Der Krieg in Ostasien

Japan zu Verhandlungen mit China bereit

Schanghai, 10. März. Eine Note, die den chinesischen Behörden heute durch den japanischen Gesandten überreicht wurde, besagt, daß die japanischen Zivil- und Militärbehörden bereit seien, mit den chinesischen Behörden Verhandlungen gemäß der in der Völkerbundsversammlung vom 4. ds. Mts. gefassten Entscheidung anzuknüpfen. Die Lage an der chinesisch-japanischen Front sei noch immer „sehr beunruhigend“. Es sei daher unbedingt notwendig, endlich zu einer Einigung wegen der Einstellung der Feindseligkeiten zu kommen. Dann werde man über die Zurückziehung der japanischen Truppen verhandeln und den Zeitpunkt der Räumung festsetzen können.

Der Redaktionsausschuß des Büros der Völkerbundsversammlung ist am Donnerstag wieder zusammengetreten. Man glaubt, daß die Verhandlungen über einen Beschluß zum japanisch-chinesischen Streit sich bis in die nächste Woche hinziehen werden.

Anschlag auf den japanischen Oberbefehlshaber in der Mandchurie?

Mukden, 10. März. Die japanische Nachrichtenagentur meldet, der Sonderzug, in dem der japanische Oberbefehlshaber, General Honjio, nach der Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlaß der Einsetzung des vormaligen Kaisers Yuiji als Herrscher der Mandchurie von Tschangschun nach Mukden zurückkehrte, sei von etwa 300 berittenen Banditen angegriffen worden. Einer herbeigeleiteten Abteilung japanischer Truppen sei es gelungen, die Angreifer zu vertreiben.

Zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 10. März. Am Mittwoch sprach Reichskanzler Dr. Brüning in Dortmund für die Kandidatur Hindenburg. Eine weitere Wahlrede des Reichskanzlers wird am Freitag abend zwischen 8.30 und 9 Uhr durch den Rundfunk verbreitet.

Generaloberst v. Seeckt hat sich dem Aufruf des Hindenburg-Ausschusses angeschlossen.

Reichsfinanzminister Dietrich hielt in Leipzig eine Wahlrede.

Von der Abrüstungskonferenz

Genf, 10. März. Wie der Militär- und Marineauschuß haben heute vormittag auch die Ausschüsse für Luftfahrt und Rüstungsausgaben ihre Tätigkeit aufgenommen. Im letzteren wurde dem Vorschlag des polnischen Vertreters, den Bericht der Sachverständigen von Anfang an den Beratungen zugrunde zu legen, vom deutschen Vertreter, Oberst Karman, vollkommen zugestimmt. Manche Ausführungen, so erklärte Karman, hätten aber durch die Währungschwankungen an Bedeutung eingebüßt und es sei deshalb notwendig, in diesen Fragen die Arbeiten der Sachverständigen wieder aufzunehmen. Die Frage der Kaufkraftänderung sei für die Frage der Ausgabenbegrenzung genau zu prüfen, ehe man entscheidende Schritte unternehmen könne.

Württemberg Zur Landtagswahl

Stuttgart, 10. März.

Auf Grund des Ergebnisses der letzten Landtagswahl vom Jahre 1928 wird nach amtlicher Mitteilung die Reihenfolge der Bezirkswahlvorschläge auf den Stimmzetteln der bevorstehenden Landtagswahl wie folgt festzulegen sein: 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands; 2. Württ. Zentrumspartei; 3. Württ. Bauern- und Weingärtnerbund; 4. Deutsche Demokratische Partei; 5. Kommunistische Partei Deutschlands; 6. Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei); 7. Deutsche Volkspartei; 8. Christlicher Volksdienst; 9. Volksrechtspartei; 10. National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei. — Diese Parteien haben Abgeordnete in den letzten Landtag entsandt. Den übrigen Parteien werden die anschließenden Nummern 11 ff. zugewiesen sein.

Letztes Zusammenkommen des Landtags. Der Landtag wird am 15. März zum letztenmal vor seiner Neuwahl zu wenigen Sitzungen zusammenkommen. Wann die Neuwahl stattfindet, steht noch nicht endgültig fest, in Aussicht genommen ist der 17. oder 24. April.

Handwerk und Preisentung

Vom Württ. Handwerksammertag Stuttgart wird uns geschrieben: Artikel und Notizen über Preisabbau, welcher seit Wochen wieder aufs neue von der Reichsregierung betrieben wird, füllen täglich die Spalten der Zeitungen. Man verlangt von der Wirtschaft Preisentung auf der ganzen Linie, will aber gleichzeitig übersehen, daß die Wirtschaft aller Grade, vornehmlich das Handwerk, bereits seit langem das Opfer trägt, bei ständig steigenden Unkosten sich mit ständig sinkenden Preisen abfinden zu müssen. Der scharfe Rückgang der Umsätze und Einkommen der Handwerksbetriebe, die vielen Zusammenbrüche selbst der solidesten und einmal bestfundierten Betriebe beweisen dies schlagend. Die Mehzzahlen zeigen, daß diejenigen Gruppen wie Ernährung, Bekleidung, Bauwirtschaft usw., deren Preisbildung in der Hauptsache auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage erfolgt, eine den Rückgang der Gesamtmehzzahl erheblich übertreffende Verminderung der Preislage aufweisen. Umgekehrt sind die Gruppen wie Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Verkehr sowie sonstiger Bedarf, die namentlich den Einflüssen der öffentlichen Hand unterliegen, nicht nur nicht gesenkt, sondern teilweise noch erhöht worden. Dasselbe trifft auch für alle öffentlichen Vassen und Steuern zu. Eine Laststeuere, die wie kaum eine andere gerade das Verderbliche der öffentlichen Wirtschaft kennzeichnet und wiederum eine Rechtfertigung unerlerter Forderungen nach weitgehender Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft bedeutet. Preisentung ist nicht ein Akt des Diktats für eine oder mehrere Gruppen der Wirtschaft, sondern sie kann nur das Ergebnis planmäßiger Senkung aller Kostenelemente, der privaten wie vor allem auch der öffentlichen (Steuern und Tarife) sein, die insgesamt den Preis ausmachen. Die bisherige Art der Durchführung der Preisentung löst die größten Bedenken aus und dürfte in Kürze zu einer schlechtweg unerträglichen Beunruhigung und Erregung der Bevölkerung mit allen ihren Folgeerscheinungen bei der jetzt schon wahrhaft überhöhten politischen Stimmung führen.

Stuttgart zieht aus. Nach einer vorläufigen Schätzung werden, wie die Süddeutsche Zeitung mitteilt, in Stuttgart 1800 Familien ihre Wohnungen zum 1. April wechseln. Von den ausgesprochenen Kündigungen ist eine große Zahl wieder zurückgenommen worden.

Lodesfall. Unerwartet rasch verschied am Dienstag abend Frau Präsidentin Maria Andree im Marienhospital. Vor knapp zwei Wochen mußte sie dorthin überliefert werden, um sich einer Operation zu unterziehen. Die Verstorbene (geboren in Schramberg) hatte am 31. Dezember d. J. ihren 50. Geburtstag feiern können. Sechs Kinder trauern mit dem hart betroffenen Vater um die Mutter.

Pazarets Glasersammlung kommt nach Prag. Wie das N. L. hört, hat Professor Dr. Pazarek, der Leiter des Landesgewerbe-Museums in Stuttgart, seine aus über 2000 Stück Gläsern und Glasgegenständen bestehende wertvolle Privatsammlung dem Kunstmuseum seiner Vaterstadt Prag zum Geschenk gemacht. Mit dieser Stiftung Dr. Pazarets, der früher Direktor des nordböhmischen Gewerbemuseums in Reichenberg war, wird das Prager Museum, das schon bisher eine der größten Glasensammlungen besaß, nunmehr die größte und wertvollste Glasensammlung in Europas aufweisen. Professor Pazarek hat die Stiftung an gewisse Bedingungen geknüpft, durch die der deutsche Charakter dieses Teils der Sammlung für alle Zeiten erhalten bleiben soll.

aus der Wanderbewegung. Gemäß dem Beschluß der Hauptversammlung im vergangenen Herbst werden die Ortsgruppen des Reichsverbands Deutscher Gebirgs- und Wandervereine während der diesjährigen Werbeweche am Himmelfahrtstag Siernwanderungen unternehmen. Viele große Wanderertruppen, die in Freudenstadt, Wiesbaden, Obernburg a. M., Hagen i. W., Berlin, Schneeberg, Altenberg an der Porta Westfalica, auf dem Schiffsberg bei Gießen und auf dem Dolmar in Thüringen stattfinden, werden in einer Kundgebung ausfinden, die für den Besuch der deutschen Wandergebiete wirbt.

Schenkt Uniformen für das Heeresmuseum. Den Abschluß der im Neuen Schloß in den letzten Jahren aufgestellten Kunst- und historischen Sammlungen soll die Fertigstellung des letzten, die Zeit von 1871—1918 umfassenden Teil des Heeresmuseums bilden. Da leider der Bestand an Uniformen der alten württ. Armee, besonders den feldgrauen Kriegsuniformen so lückenhaft ist, spricht die Direktion des Schloßmuseums, dem das Heeresmuseum angegliedert ist, in Gemeinschaft mit dem Württ. Offizierbund und der Arbeitsgemeinschaft der Regimentsvereinigungen die Bitte aus, dem Heeresmuseum Offiziers- und Mannschaftsuniformen des alten württ. Heers jeder Art, aus Friedens- und Kriegszeit, geschenkt oder leihweise zu überlassen.

Thälmann-Kundgebung in Stuttgart. In drei Versammlungen in der Stadthalle, dem neben der Stadthalle errichteten großen Zelt und im Dinkelackeraal sprach gestern abend vor etwa 15 000 Menschen der kommunistische Reichspräsidentenandidat Thälmann. Thälmann wandte sich besonders gegen die nationalsozialistische „Arbeiter-Phü-Partei“, deren „kapitalistische Reute“ nach Stuttgart in Linousinen herbeigeilt sei, um Hitler zu hören, und gegen die Sozialdemokratie, deren Klassenverrat bis auf den Internationalen Kongreß in Stuttgart im Jahre 1907 zurückgehe. Die Sozialdemokratie sei heute so tief gesunken, daß sie die Wahl des kaiserlichen Feldmarschalls Hindenburg empfehle. Die selbständige kommunistische Kandidatur ist ein Teil der revolutionären kommunistischen Politik. Trotz ihrer Friedenseingebung seien die Kommunisten keine Pazifisten. Der Kriegspolit der Bourgeoisie stellen sie ihre eigene Strategie entgegen. Als Rebellen werden sie im nächsten Krieg ihre Pflicht gegenüber dem einzigen proletarischen Vaterland erfüllen.

Eine Mahnwanderung von Hundern, wie sie gegenwärtig vor dem Hundesteuertermin (1. April) im Stuttgarter Tierasyl vorgenommen wird, ist in Stuttgart noch nie dagewesen. Die städtische Steuer von 60 Mark macht vielen das Halten eines Hundes unmöglich. Die Steuereinnahme ist für 1932 auf 460 000 Mk. veranschlagt gegen 480 000 Mark im Vorjahr und 500 000 Mk. in 1929. Angemeldet sind noch rund 7200 Hunde.

Kornwestheim, 10. März. Sühne für leichtfertiges Autofahren. Als sich in der Nacht vom 11. auf den 12. Januar d. J. zehn Kornwestheimer Nationalsozialisten, die von einer Veranstaltung in Ludwigsburg kamen, auf dem Heimweg befanden, wurden sie auf der offenen Landstraße zwischen Ludwigsburg und Kornwestheim von einem von Ludwigsburg kommenden Personenzug von hinten über den Haufen gefahren. Dabei wurden acht Nationalsozialisten mehr oder weniger schwer verletzt. Der Kraftfahrer, der 36 J. a. Holzhandler Georg Wahr aus Freudenstadt, wohnhaft in Stuttgart, wurde nun heute wegen fahrlässiger Körperverletzung vom Schöffengericht Stuttgart zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zumpe macht Karriere

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Feil Röner

Da sah ihn das Mädchen mit verklärten Augen an. Mit ihren Händen faßte sie seinen Kopf, zog ihn über den Tisch und küßte ihn auf den Mund. „Meinen Dank, lieber Freund!“ sagte sie bewegt. „Für das gute Wort . . . lieber, lieber Anton!“ Er sah ganz still und sah gesenkten Hauptes auf die Marmortafel nieder. Sie sprachen an diesem Abend nichts weiter. Kurz darauf bezahlte Anton und sie verließen das kleine Lokal. Anton rief ein Auto und Uschi fuhr heim. Anton aber stand lange in Gedanken versunken, unfroh wie noch nie, an der Bordkante. Er leuchtete auf und begab sich nach Hause.

Heim angekommen, traf er den Oberregierungsrat Witte bei seinem Freunde Brettschneider.

Herszlich begrüßten sie sich.

Brettschneider aber sagte ganz aufgeregt zu Anton: „Bitte hat mir eine fabelhafte Neuigkeit gebracht, Anton!“

„Bist du still?“

„Warum denn . . . Anton hält den Mund und der muß es wissen, denn er hat uns doch den Star gestochen. Also Anton hören Sie zu . . . mein lieber Freund Witte hat festgestellt, daß es im Bankhause Koch & Co. doch nicht ganz so glatt zugeht, wie es scheint.“

„Ah . . . das ist interessant!“

Bitte nahm das Wort und sagte bedächtig:

„Ja, junger Freund. Man hat in meiner Tasche geschüffelt, das zunächst habe ich festgestellt. Dann weiter . . . ich weiß genau, daß Koch sen. alles Interesse hat, zu erfahren, wo der Hauptbahnhof für die Stadt Berlin anschließend hinkommt. Mit dem Stadtrat Busse ist er ganz besonders gut Freund, der geht mit ihm zur Jagd, und dem hat er auch . . . das ist das wesentlichste . . . einen Kredit von 10 000 Mark eingeräumt. Das habe ich durch einen Zufall erfahren. Ich bin mit dem Kassierer ganz gut ins Geschäfte gekommen. Er hat mir, als ich Geld von meinem Konto . . . mein Gehalt . . . abhob, gesagt, daß ich jederzeit getrost mein Konto überziehen könne. Ich tat erfreut und da ging der Kassierer auf den Beim und plauderte etwas aus der Schule. Das alles gibt zu denken! Ich befürchte sogar, daß alle Pläne, die für den Hauptbahnhof in Frage kommen, bereits von ihm angekauft sind. Mit dem Pläne für das neue Diakonissenhaus war es genau so. Pflögl, als die Stadt kaufen wollte, hatte es ein Herr Salmon in den Händen. Die Stadt hat dann das Gelände nicht genommen, sondern ein anderes. Ich befürchte aber, daß dieser Salmon von dem kleinen Bankgeschäft Salmon & Söhne im Auftrage Kochs handelt.“

„Jetzt findet auch das rapide Wachsen der Firma Koch eine Erklärung!“ warf Zumpe ein. „Was werden Sie tun, Herr Oberregierungsrat?“

„Die Eierbeule aufstecken! Ich warte nur noch, bis diese Hauptbahnhofsgeschichte perfekt ist . . . und stellt sich dann heraus, daß wieder vorgekauft ist, dann spreche ich.“

„Es wäre aber doch sehr gut, wenn man den Herrn Minister vorher unterrichtete. Der junge Koch bewirbt sich um die Hand seiner Tochter!“

„Nicht möglich! Das ist ein genialer Schachzug! Herr von Zedtlitz ist die Korrektheit in Person, aus ihm ist nichts

herauszuholen, ebenso nicht aus Ihrem Bruder, Herr Zumpe . . .“

„Ist er immer noch so verbiebert?“

„Er macht einen müden Eindruck. Der Minister hat ihm zugeredet, einmal auszuspannen! Also . . . die Sache ist interessant, also Koch will an die Quelle kommen. Ja, was tut man da? Da wäre es doch gut, wenn man mal mit dem Herrn Minister reden würde.“

„Sagen Sie, Herr Oberregierungsrat . . . wann dürfte die Entscheidung über den neuen Berliner Hauptbahnhof fallen?“

„Ich glaube, das wird keine acht Tage mehr dauern. Ich denke es wenigstens. Es ist ja immer schwer vorzusagen.“

„Wissen Sie was, Herr Oberregierungsrat,“ meinte Anton, „reden Sie mal noch nicht mit dem Herrn Minister! Die Hauptsache ist ja, daß die Verlobung nicht vor den nächsten 14 Tagen stattfindet . . . das ist ja die Hauptsache, denn es muß vermieden werden, daß ein so ehrenhafter Mann wie Herr von Zedtlitz in eine solche Affäre hineingezogen wird.“

„Ja, das ist die Hauptsache! Gut, Herr Zumpe, sprechen Sie mit Fräulein von Zedtlitz!“

Plötzlich kam Zumpe ein Gedanke.

„Sagen Sie, Herr Oberregierungsrat, die Verhandlungen über das ganze Projekt sind doch vertraulich geführt worden?“

„Absolut . . . dazu haben schon die früheren Vorkommnisse beigetragen.“

„Und wo fanden die Verhandlungen statt?“

„Im Rathaus und im Verkehrsministerium. Zwei Sitzungen fanden unter direkter Hinzuziehung des Innenministeriums statt. Ich habe diesen Sitzungen auch beigewohnt.“

(Fortsetzung folgt)

Geislingen a. St., 10. März. Vom Zug getötet. Unter den Zug geworfen hat sich auf Markung Kuchen zwischen Geislingen und Kuchen ein Mitte der zwanziger Jahre stehender Mann von Kuchen. Er wurde sofort getötet. Was den jungen Mann zu diesem Schritt getrieben hat, ist nicht bekannt.

Ulm, 10. März. Ein ganz rabiater Ehemann. Der seit 1906 verb. Steinhauer Ferdinand Büchlenstein von Ulm hatte sich wegen versuchten Totschlags zu verantworten. Eheliche Zwürnisse, die in Täuschlichkeiten ausarten, waren nicht selten. Dreimal wurde ein Scheidungsprozess entweder vom Mann oder von der Frau eingeleitet, es kam aber nie zu einer endgültigen Scheidung. Er wird beschuldigt, am 12. Dezember, als er seine Frau allein zu Hause traf, diese überfallen zu haben mit den Worten: „So jetzt ist es gerade recht, daß du allein bist, jetzt mußt du hin sein!“ Darauf riß er seine Frau zu Boden und kniete auf sie, stach mit dem Messer auf sie ein und schlug sie blutig. Die Frau trug 7-8 Verletzungen davon, die glücklicherweise nicht lebensgefährlich waren. T-Angeklagte will so betrunken gewesen sein, daß er sich an diesen Vorfall nicht mehr erinnern könne. Festgestellt wurde auch, daß er 14 Tage vorher die Frau aus dem Bett jagte und in der Wut den Beistrom zerstückte, Kleider der Frau und Kinder zerhackte und die beiden Nähmaschinen der Töchter mit einem Hammer bearbeitete, daß sie unbrauchbar wurden. Das Urteil lautete wegen eines Vergehens der gefährlichen Körperverletzung auf 8 Monate Gefängnis.

Von einer Dachlawine verschüttet. Eine Dachlawine ging gestern mittag in der Olgastraße nieder und traf eine Frau, die ihr Enkelkind auf dem Arm trug. Beide fielen zu Boden, das Kind blutete im Gesicht. Die Frau kam mit dem Schrecken davon.

Waldee, 10. März. Gesäter Opferstockmarder. Am Dienstag nachmittag wurde in der hiesigen Stadtpfarrkirche ein Opferstockmarder auf frischer Tat ertappt und dem Amtsgericht Waldee eingeliefert. Er hatte bereits im Jahr 1926 in der Kirche einen Opferstock erbrochen, wofür er 8 Monate Gefängnis erhielt. Es handelt sich um den 68 J. a. Matthias Bachmaier aus Buchau.

Leutkirch, 10. März. Todesfall. Am Montag abend ist nach kurzer, schwerer Krankheit Schulrat Franz Kappler verstorben. Der Verstorbene, der ein Alter von 66 Jahren erreichte, war 16 Jahre hindurch kath. Stadtpfarrer in Freudenstadt, nämlich vom 21. November 1897 bis 19. Juli 1913. Nachdem er bereits hier 15 Jahre lang im Nebenamt noch das kath. Bezirksschulamt hord verwaltet hatte, wurde er 1913 zum hauptamtlichen Schulinspektor für den Bezirk Leutkirch ernannt.

Sordh, 10. März. Vermißt. Der 73-jährige Schuhmacher Walbel wird seit letzten Sonntag vermißt. Er ging mittags in der Richtung über Bruck nach Alsdorf und von dort wieder zurück. Seit er Alsdorf verlassen hat, fehlt jede Spur von ihm.

Böblingen, 10. März. Gerichtliche Sühne. Bürgermeister Kraut war längere Zeit allerhand Verdächtigungen und Beleidigungen ausgesetzt, als deren Urheber der verh. Schlossermeister Eugen Rieger von Böblingen festgestellt wurde. Rieger war in wirtschaftliche Not geraten und sein Haus wurde durch Zwangsversteigerung verkauft. Dafür machte er den Bürgermeister verantwortlich. Die gerichtliche Verhandlung ergab sein Unrecht und er bekam 7 Monate Gefängnis.

Maggd., 10. März. Selbstmord auf dem Rathaus. Der 36 J. a. verheiratete Sekretär Steegmüller hat sich auf dem Rathaus einen Schuß in die Schläfe beigebracht. Er wurde ins Krankenhaus nach Sindelfingen eingeliefert, wo er seinen schweren Verletzungen erliegen ist. Der Grund zu der Tat soll in Geldangelegenheiten zu suchen sein.

Oberndorf a. N., 10. März. Schwindler. Vor einigen Wochen tauchte ein etwa 30 J. a. Bursche, der ein sicheres Auftreten an den Tag legte, hier auf und machte den Geschäftsleuten seine Aufwartungen. Der Bursche gab sich als Vertreter der Dekorationsfachschule Ulm aus und wollte an die Geschäftsleute Kurse über ein neues Verfahren in der Plakatwerkstatt erteilen. Der Redegewandtheit des Gauners ist es dann auch gelungen, einige Geschäftsleute für seinen Plan zu gewinnen und diese um bestimmte Beträge zu schädigen. Der Polizei gelang es, den Täter festzusetzen. Auch in Rotweil und anderen Städten gab er seine Gastrolle. Vor weiterem Auftreten des Schwindlers wird gewarnt.

Vom bayerischen Allgäu, 10. März. Zusammenbruch einer Genossenschaft. Vom Gericht in Kempten wurde im Prozeß gegen Bengl und Genossen Bengl wegen Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz zu sechs Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe. Egger wegen des gleichen Vergehens zu drei Monaten Gefängnis und 400 Mark Geldstrafe verurteilt; Müller und Bäckeler wurden freigesprochen. Es handelte sich in diesem Prozeß um den Zusammenbruch einer Verbrauchergenossenschaft, durch den besonders viele kleine Einleger um ihr Geld gebracht worden sind.

Nördlingen, 11. März. Aus Eifersucht erstickt. Am 16. Nov. v. J. hat der 40 J. a. verb. Maurer Jakob Beck von hier, Vater von vier Kindern, seine Schwägerin, die Kellnerin Barbara Ehrhardt hier, aus Eifersucht durch 13 Messerstiche ums Leben gebracht. Im Jahr 1919 wurde er wegen Mordversuchs an seiner Geliebten zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahr 1917 hat er seine jetzige Ehefrau, seine damalige Geliebte, angeschossen und wurde deswegen vom Kriegsgericht zu 4 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Diesmal erhielt er vom Schwurgericht Reudorf 7 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Zöpplig-Prozeß

Ellwangen, 10. März. Am Mittwoch nachmittag erfolgte die Vernehmung der Frau des Hauptbuchhalters Roth. Der Vorsitzende brachte den bereits vorgelegten Brief zur Vorlesung. „Haben Sie diesen Brief geschrieben?“ — „Nein!“ — „Ist dieser Brief mit Ihrem Wissen und Willen geschrieben worden?“ — „Nein, ich weiß von nichts.“ Die Zeugin wußte nur anzugeben, daß einmal zwei Herren da waren, die sich dafür interessiert hätten, ob ihr Mann geneigt wäre, seine Stellung zu wechseln. Rechtsanwalt Gollnick fragt die Zeugin zunächst, warum ihr Mann seine frühere Stellung als Gewerbeschulheifer in Karlsruhe aufgegeben habe, worauf die Zeugin die Antwort verweigert. Auf die Frage: „Ist es richtig, daß Sie oder Ihr Mann wegen Randsunterschlebung und Verschleppung betragt bestraft wurden?“ gab die Zeugin zu, daß sie und ihr Mann in Untersuchungshaft waren und daß sie wegen Namensänderung mit zwei Monaten Gefängnis bestraft wurde. Da die Zeugin aber nur unklare Angaben macht, wurde beschloffen, die Akten dieses Falls beizusuchen. Auf die Frage der Vernehmung, ob die Zeugin nicht auch wegen Diebstahls bestraft worden sei, gab sie zur Antwort: „Ich bin wegen Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis bestraft worden, aber gestohlen habe ich nichts.“ — Als die Zeugin nochmals nach der Urheberschaft des anonymen Briefs gefragt wurde, erwiderte Staatsanwalt Kempter das Gericht, die Zeugin noch einmal eindringlich zu ermahnen, ja die Wahrheit zu sagen. Die Zeugin blieb aber dabei, daß sie mit dem Brief nichts zu tun habe.

Am Anschluß an diese Zeugin wurde die Zeugin Dill, früher Privatsekretärin bei Dr. Zöpplig, vernommen. Sie sollte über den Abtretungsvertrag und die Fesslonen mit der Kasser Handelsbank Auskunft geben. Ueber die Fesslonen hat sich die Zeugin keine Gedanken gemacht; sie hat sie lediglich als eine reine Formsache angesehen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 11. März 1932.

Das Böse, das man selbst an sich hat, strafft man desto härter an anderen. Hippel.

Wo bleibt das deutsche Interesse?

„Viele Köpfe, viele Meinungen“. An sich ist die Wahrheit des Volksmundes erträglich, wenn sie sich nur nicht in unfernen Tagen zu einem Schreden auswähnen würde: zu der Tatsache nämlich, daß in Deutschland mehrere Duzend Parteien tagaus, tagein um mehr oder weniger wichtige Dinge streiten und die einzelnen Parteien wieder in Gruppen und Grüppchen zerfallen. Damit macht der Deutsche seinem meistbetannten Rufe als „Gereinmeier“ alle „Ehre“. — Das alles aber nur, weil — wie wieder der Volksmund sagt — Extrawürste gebraten sein müssen. Jeder hält seine Ansicht für die einzig richtige, jeder will seinen Willen durchgesetzt haben, ganz gleich, ob die Allgemeinheit davon profitiert oder nicht. Kein Wunder, daß die arge Zerissenheit der Meinungen im Sinne „teile und herrsche!“ ausgenützt wird, daß also, während wir einander um unsere Extrawürste in den Haaren legen, schlauere Dritte unsere Läschen leeren. — Wenn Geldbeutel nur dürftig ausgeschüttet ist, kann sich Sonderausgabe nicht erlauben. Darum sollten wir gerade in der heutigen Notzeit auf den Luxus der Extrawürste unserer Meinungen verzichten, uns zur Wahrnehmung des deutschen Interesses zusammenfinden, oder aber unterlassen, über Not zu jammern. Das Wort des alten Attinghausen an seine Schweizer gilt heute für uns:

Seid einig — einig — einig!

Gebäudeversicherungsteuer um 20 Prozent gesenkt

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Württ. Staatsministerium hat beschloffen, von der Ermächtigung der Dritten Rotberordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931, die Gebäudeversicherungsteuer nur individuell zu senken, keinen Gebrauch zu machen. Demzufolge wird die gesetzlich geschuldete Gebäudeversicherungsteuer (also der Steuerbetrag vor Abzug etwaiger Raddlässe) vom 1. April 1932 an um 20 v. H. gesenkt. Der gesenkte Steuerbetrag ist auch einer etwaigen Ablösung zugrunde zu legen. Eine württembergische Verordnung zur Durchführung der Gebäudeversicherungsteuer-Ablösung wird in der nächsten Woche veröffentlicht werden.

Gegen die Schwarzarbeit

Als Folgeerscheinung der großen Arbeitslosigkeit hat auch die Schwarzarbeit erheblich zugenommen. Unter Schwarzarbeit ist vor allem die Ausübung einer Arbeit durch einen Unterhaltungsangestellter zu verstehen, der den dafür erhaltenen Verdienst dem Arbeitsamt oder dem Wohlfahrts- bzw. Fürsorgeamt verschweigt, damit er ihm nicht auf die Unterfertigung angerechnet werden kann. Die Gefahren, die in diesem Uebelhandeln der Schwarzarbeit liegen, dürfen nicht unterschätzt werden. Arbeitnehmer, die Schwarzarbeit ausüben, scheuen sich damit auf Kosten der Allgemeinheit einen Vermögensvorteil zu verschaffen, durch den unbedeutenderweise öffentliche Unterhaltungsmittel in Anspruch genommen werden. Insbesondere schädigt Schwarzarbeit die Gewerbetreibenden und trägt damit zur weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und zu erhöhter Arbeitslosigkeit bei. Abgeben von diesen volkswirtschaftlichen Schäden, übernimmt bei Schwarzarbeit der einzelne Arbeitnehmer und Auftraggeber stets ein Risiko, das in keinem Verhältnis zu dem erzielten Gewinn steht. Gegen untertätige Arbeitnehmer, die Schwarzarbeit verrichten, kann neben der Rückzahlung der zu Unrecht bezogenen Unterfertigung eine Ordnungsgeldstrafe bis zur Höhe von 100 Mark verfügt werden; die Schwarzarbeiter haben außerdem im allgemeinen noch eine Strafanzeige wegen Betrugs zu erwarten. Aber auch der Auftraggeber, der Schwarzarbeiter beschäftigt, kann sich eventuell wegen Beihilfe zum Betrug strafbar machen und läuft Gefahr, nachträglich noch erhebliche Strafbeiträge an die einzelnen Träger der Sozialversicherungen zahlen zu müssen. Es liegt daher im Interesse sowohl der Auftraggeber als auch der Arbeitnehmer, die amtlichen Stellen in der Bekämpfung der Schwarzarbeit, gegen die überall mit größter Strenge vorgegangen werden muß, nach Kräften zu unterstützen.

Eine Neunzigjährige

Die schon 18 Jahre bettlägerige Waldschützen-Witwe Magdalene Wagner, Burgstraße 22, begeht am 15. März ihren 90. Geburtstag. Sie ist die älteste Frau Nagolds.

Schlößer und Wahlrecht. Vom Schmal, Schneelau-Bund wird uns geschrieben: Bei günstigen Schneeverhältnissen werden am kommenden Sonntag wieder Tausende hinausziehen ins Winterland. Es ist selbstverständlich, daß der Schlößer am Wahlsonntag die Erfüllung seiner Pflicht als Staatsbürger nicht vernachlässigt — wer hinausfährt, vergesse nicht, einen Stimmzettel mitzunehmen, der es ermöglicht, überall unterwegs zu wählen! Der Wankschlösserklub in Oberlochen ist abgelaßt, örtlichen Veranstaltungen der Gaus und Vereine steht nichts im Wege. Am Sonntag, den 13. März wird bei günstigen Schneeverhältnissen in Schömberg bei Weibbad die dortige neuerbaute Sprungchanze eingeweiht. Gleichzeitig wird ein Sautengauß durchgeführt; der nachmittags stattfindende Sprunglauf ist verbandoffen. Meldungen nimmt das Wobehaus Kappeler, Schömberg a. N. Neuenbürg entgegen.

Unsere Feiertage

zeigen auf Seite 1 eine architektonische Schönheit, nämlich das Rathaus in Deggendorf im Karstischen Wald und wenn davon nicht parkende Autos und eine Straßenbahn sichtbar wären (eine Sünde des Photographen) könnte man sich ins romantische Mittelalter verlegt glauben. Soll der seitherigen Beschaffenheit der Uhr, dem Uhrwerk, ein Ende bereitet werden? Eine mit einer gewöhnlichen Taschenlampenbatterie versehene Zeigerwelle bewirkt ein elektrisches „Gehn“ der Balanc-Uhr, welche die Berliner Firma Hender erfunden hat. — Eine weitere Erfindung für den Fernsprechverkehr von unerschöpflichem Wert ist der Telefon-Schnellwähler „Teleapid“, der von einer hübschen Dame (man überzeuge sich auf dem Bild) bedient wird. — „Hindenburg als Kenia“ heißt ein Aufsatz, dem drei Aufnahmen beigegeben

sind. Selten sieht man den großen Reichspräsidenten mit solch zufriedenem Miene wie gerade hier. — Sie ist 75 Jahre alt und heute noch unvermindert begehrt, geschätzt, geliebt. — nämlich die Weißwurst, die an Fastnacht 1897 in Bayern das Licht der Welt erblickte. Ihr zufälliges Entstehen erfährt eine originelle Schilderung der die aktuelle Aufnahme einer wackelnden bayerischen Hebe beigegeben ist. — Anschließend die übliche Humor- und Rästelcke.

Wart, 10. März. Generalversammlung. Der Darlehensklassenverein Wart hielt am 9. März im Hirsch seine diesjährige Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstand, Hirschwirt Dürr, des im verfloffenen Jahre verstorbenen Vorstandsmitgliedes, Gemeindefleger Hertler und würdige dessen überaus treues und gewissenhaftes Walten. Der Bericht des Vorstand brachte einen allgemeinen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins. Dieser ließ er kennen, daß die Lage des Vereins trotz schwerer Zeit als gut zu bezeichnen ist. Der folgende Bericht über den Kassenaufstellung, welchen der Kassierer Dürr erläuterte, wies einen Gesamtumlay von 442 000 Mark auf. Der Barumlaf betrug infolge vermehrtem Schenk und Ueberweisungsverkehr, so wie wegen der Bargeldknappheit 88 000 Mark. Der Reingewinn von 550 Mark soll hauptsächlich dem Aufwertungsfond zugeführt werden. Der Aufwertungsfond beträgt 10 Prozent. Es werden 5 Prozent Dividende verteilt. — An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes M. Hertler, wurde Bürgermeister Hartmann einstimmig in den Vorstand gewählt. Derselbe bringt dem Vorstand Dürr die Glückwünsche und den Dank des Vereins anlässlich dessen 30jähriger Mitgliedschaft zum Ausdruck. Hierauf schloß der Vorstand die Versammlung mit der Bitte an alle Genossen, zur Förderung des D.R.V. auch in den kommenden schweren Zeiten das Bestmögliche zu tun.

Reichelbrunn, 10. März. Wahlversammlung. Am Montag abend hielt der „Stahlhelm“ eine Wahlversammlung ab. Redner des Abends war Schriftleiter K 611 Nagold, der über Zweck und Ziele des Stahlhelms referierte. Seine Ausführungen waren dieselben wie am Stahlhelm-Abend in Nagold vom Samstag, den 5. März, über welchen wir bereits am Mittwoch berichteten.

Letzte Nachrichten

Hindenburg an das deutsche Volk.

Gestern abend 7.30 Uhr hielt der Reichspräsident über alle deutschen SENDER eine Ansprache. Er führte u. a. aus, daß er nicht gewillt sei, die in der letzten Zeit über ihn verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen. Eine politische Programmrede wolle er also nicht halten, weil er es für nicht notwendig halte. Sein Leben und seine Lebensarbeit lagen und von keinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können, Kandidat einer Partei oder einer Parteilgruppe zu sein, hätte er abgelehnt, ebenso wie er Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf unparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das halte er für seine vaterländische Pflicht. Zu dem Vorwurf, daß er den Vonnaplan und die Rotberordnung unterzeichnet habe, äußert sich der Reichspräsident: Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland unsere finanzielle Erleichterung erkaufen oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden.

Weitere Verhandlungen über die Memelfrage

Genf, 10. März. Die juristischen Sachverständigen der Signatarmächte des Memelstaats legten heute ihre Vorschläge mit dem litauischen Vertreter über die weitere Behandlung des Falles Böttcher fort. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden. Sie bewegen sich weiterhin in der Richtung, ein neutrales Staatsoberhaupt um Übernahme des schiedsrichterlichen Amtes in dieser Angelegenheit zu ersuchen.

Genfer Besprechungen zwischen den Vertretern der Donauländern.

Genf, 10. März. In den letzten Tagen sind die Besprechungen zwischen dem hier anwesenden maßgebenden Vertretern der Donauländern über die von der französischen Regierung angelegte wirtschaftliche Organisation fortgesetzt worden. Seit gestern weißt u. a. der ungarische Außenminister Ballo zu diesem Zwecke hier. Die schon seit einiger Zeit in Aussicht genommene Vorleserens der beteiligten Staaten erwartet man in der nächsten Woche nach dem Eintreffen Tardios in Genf.

Der Lagebericht der Konzeptionsmächte vom 9. März.

Genf, 10. März. Der heutige Lagebericht der Vertreter der Konzeptionsmächte in Shanghai besagt, daß die Meldungen über Zusammenstöße, die sich am 7. März auf dem rechten japanischen Flügel ereignet haben sollen, unbegründet sind. Dagegen wurden von japanischer Seite Erkundungsflüge über den chinesischen Yunnan und dem Hinterland ausgeführt. Es befänden keine Anzeichen für Angriffsabsichten der japanischen Truppen.

Amerika für eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems.

Washington, 10. März. Die amerikanische Sektion der internationalen Handelskammer veröffentlichte ihre durch Elias Strawn in Paris abgegebene Erklärung gegen Schulden und für baldige Lösung des Reparationsproblems mit dem Zusatz, das amerikanische Volk habe das gleiche Interesse wie die anderen Nationen an einer Wiederkehr der Prosperität und werde sich zu einer Neuregelung der Regierungserbinlichkeiten bereitstellen, sobald Europa das Reparationsproblem vernünftig geregelt habe.

Eine Erklärung der NSDAP. zu dem Hochovertrauensverfahren

Berlin, 10. März. Zu dem vom Berliner Polizeipräsidentum bekanntgegebenen Hochovertrauensverfahren gegen Schutzpolizeioffiziere und -Beamte teilt das Gaupresseamt der NSDAP. mit, die Beschuldigten, Polizeileutnant Lange, Polizeioberwachmeister Hans Schulz-Briesen und Fräulein Gertrud Müller, seien bei der Berliner Gauleitung der NSDAP. vollkommen unbekannt. Niemand der maßgebenden Persönlichkeiten des Gaus habe je mit ihnen in Verbindung gestanden. Die im Lauf des heutigen Vormittags in der Hedemannstraße vorgenommene Hausdurchsuchung sei ganz ergebnislos verlaufen. Der beschuldigte Polizeileutnant Lange wurde heute zu einer im Haus der NSDAP. vorgenommenen Hausdurchsuchung zugezogen, er kannte aber keinen der anwesenden Führer. Die Klätter sind vielfach der Meinung, daß hier wieder ein unglücklicher Wahlgriff vorliege.

Füttert die hungernden Vögel!

Handel und Verkehr

10 Millionen Dollar zurückbezahlt

Der Reichsbankausweis für die erste Märzwoche zeigt einen Goldverfall von 48,5 Millionen RM, während der Devisenbestand um 7,6 Mill. größer ist. Der Saldo beschränkt sich also der Umfang ungefähr auf das abmachungsgemäß sofort zurückzubehaltende Zehntel des ausländischen Kreditkontokorrents der Reichsbank von 100 Millionen Dollar. Dieses Zehntel ist demnach in Gold bezahlt worden. — Der Bestand der Reichsbank an Silbersehndmünzen hat in der ersten Märzwoche um 12,89 auf 133,58 Mill. RM. Kennwert zugenommen.

Senkung von Lohn und Lebenshaltung auch in der Schweiz

In Genf hielt dieser Tage der schweizerische Bundesrat R. u. v. der Leiter des eidgenössischen Finanzamts, vor 2000 Zuhörern einen Vortrag über „Inflation und Deflation“. Er führte aus: Wenn man nicht die für die Schweiz notwendige Ausfuhrindustrie opfern wolle, so müsse sich die Schweiz entschließen, sich einem neuen Preisstand anzupassen, dem sich die Löhne angleichen müssen. Der Staat, öffentliche und private Unternehmungen sollten zunächst den Lohnabbau auf die wirkliche Senkung der Lebenshaltungskosten begrenzen in dem Maß, wie die neue Lebenshaltung den Angestellten und Arbeitern den entsprechenden Ausgleich für den Lohnabbau bringe. Die Bekämpfung der Krise erfordert, daß, wenn man eine Inflation vermeiden wolle, die Kosten der Lebenshaltung gesenkt werden, was nur durch eine Anpassung aller Produktionskosten zu erreichen sei. Alle Gewinne müßten eingeschränkt werden. Man müsse sich auf der ganzen Linie darauf gefaßt machen, weniger zu verdienen, mehr zu sparen, also überhaupt einfacher zu leben.

Berliner Pfandkurs, 10. März, 15,52 G., 15,56 B.

Berliner Dollarkurs, 10. März, 4,209 G., 4,217 B.

Privatdiskont 5,875 v. H. kurz und lang.

Die Bank von England hat heute den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt.

Die dänische Nationalbank hat nach dem Vorgang der Bank von England den Diskontsatz mit Wirkung ab 11. März von 6 auf 5 v. H. herabgesetzt.

Scharfe Kapitalzusammenlegung. Die Leipziger Pianoforte- und Phonografenfabrik Hupfeld-Gebr. Zimmermann & Co., die mit einem Verlust von 3,84 Mill. RM. abzuschießen, müssen das Aktienkapital von 20:1 auf 225.000 RM. zusammenlegen. Nach dem Geschäftsbericht ist der Abzug, besonders ins Ausland, scharf zurückgegangen.

Bei der Württ. Landesparkasse Stuttgart betragen die Einlagen im Februar rund 3,2 Mill. RM., die Rückzahlungen rund 2,3, der Ueberschuß der Einlagen rund 0,9 Mill. RM. Im Februar wurden rund 1,5 Mill. RM. Aufwertung ausbezahlt, davon aber rund 0,66 Mill. RM. sofort wieder als Einlagen auf neue Sparkonten gebucht. Von der Aufwertungsschuld von ursprünglich 32 Mill. sind jetzt noch 12,5 Mill. RM. im Rest. Die Zahlen für Januar und Februar zusammen sind folgende: Einlagen 7, Rückzahlungen 5, Einlagenüberschuß 2, Aufwertungsabzahlungen 3,4, davon auf neue Sparkonten übertragen 1,4 — je Mill. RM.

Weiterführung des Kurbetriebes in Bad Mergentheim. Nachdem die am Montag, 7. März nach Stuttgart einderufene Generalversammlung der Bad Mergentheim AG, erfolglos verlaufen ist, hat, wie die Tauber-Zeitung berichtet, die durch Stadt und Bezirk Mergentheim neu gegründete Betriebs-GmbH, einen Nachvertrag mit der Zwangsverwaltung des Bades abgeschlossen. Durch die Verpachtung der gesamten Kuranlagen und Quellen an diese neue Gesellschaft ist die unveränderte Weiterführung des

Konturje: Heinrich Raft, Eisen- und Kolonialwarenhandlung in Stuttgart-Rüstler. — Fa. K. Ehrlich u. Co., chem.-tech. Fabrik in Feuerbach. — Louis Strubberg und Heinrich Strubberg, Gesellschafter der früheren Fa. Ferdinand Strubberg, Färberei und Chem.-Reinigungswerk in Stuttgart. — Adolf Sommer, Bauunternehmer in Pfaffingen. — Friedrich Schreier, Papier- und Tapetenhaus in Friedrichshafen.

Vergleichsvereine: Fa. Siebeln, Metallwarenfabrik in Heilbronn. — Schreiberschleute Martin und Theresia Dittlacher in Erbach O. d. Rh. — Anton Schmied, Bau- und Metallschreiner in Oberstufingen O. d. Rh.

Zahlungseinstellung. Die Firma Ziegelwerke Raff, Giengen a. d. Br. und Dettingen, hat ihre Zahlungen eingestellt. Ein Gläubigerausschuß ist mit der Sanierung der Firma betraut worden. Es besteht Aussicht auf Gelingen der Sanierungsarbeit. Der Betrieb erfährt dadurch keine Störung. Kurbetriebes unabhängig von dem weiteren Schicksal der alten Bad Mergentheim AG für die diesjährige Kurzeit voll und ganz gewährleistet.

Kupferpreiserhöhung. Das internationale Kupferkartell hat mit Wirkung vom 10. März den Kupferpreis für Nordhäfen von 6,625 auf 6,25 Dollarcent je englisches Pfund herabgesetzt.

Die Arbeitslosigkeit in der Lederindustrie hat Ende Februar einen neuen Höchststand erreicht. Nach den vorläufigen Erhebungen werden zum 29. Februar rund 630.000 Arbeitslose angenommen. Im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 344.000, vor zwei Jahren 88.000 und vor drei Jahren 35.000 Arbeitslose gezählt. Die Verschlechterung im Februar übertrifft wesentlich das nach der Jahreszeit übliche Maß.

Vorarlberger Textilbetriebe wandern aus. Einige Stadler-Industriebetriebe von Vorarlberg haben ihre Ueberführung nach England beschlossen, um der Wirkung der neuen englischen Zölle zu entgehen. Vor einigen Tagen wurde der erste große Transport von 60 Möppelmaschinen aus dem Vorarlberg durch die Schweiz nach England durchgeführt, wo sie neu montiert und in Betrieb gesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit in Vorarlberg ist infolgedessen in starkem Anstiege begriffen.

Markte

Stuttgarter Schlachtlehmarkt, 10. März. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 7 Ochsen, 2 Bullen, 46 Jungbullen, 46 Rinder, 44 Kühe, 190 Kälber, 498 Schweine, 1 Ziege. Davon blieben unerkaufte: 4 Ochsen, 10 Jungbullen, 15 Rinder. Verkauf des Marktes: Großvieh fleischend, Kälber und Schweine mäßig belebt.

Ochsen:	10. 2.	8. 2.	Kühe:	10. 3.	8. 2.
ausgemästet	—	28—32	fleischig	—	12—15
vollfleischig	—	24—27	gering genährt	—	8—11
fleischig	—	20—23	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und beste Saughäuser	08—09	08—09
ausgemästet	23—24	33—24	mittl. Mast- und gute Saughäuser	02—06	31—34
vollfleischig	21—22	21—22	geringe Kälber	28—31	27—30
fleischig	19—20	19—20	Schweine:		
Rinder:			über 300 Pf.	44—45	—
ausgemästet	32—34	32—34	240—300 Pf.	43—44	43—44
vollfleischig	28—30	28—30	200—240 Pf.	42—43	41—43
fleischig	21—24	21—24	160—200 Pf.	39—41	39—40
gering genährt	—	—	120—160 Pf.	37—38	36—38
Kühe:			unter 120 Pf.	37—38	36—38
ausgemästet	—	22—25	Sauen:	20—28	27—34
vollfleischig	—	17—20			

Viehpreise, Bernhausen a. J.: Kühe 180—250, Kälber 200 bis 380, Rinder 180—210, Junavieh 100—130, Werdre 500 bis

1000. — Calw: Kühe 210—280, Kälberinnen 320—353, Jungbullen 90—160. — Hechingen: Rinder 60—280, trächtige Kälberinnen und Kühe 260—400. — Mengen: Ferkel 200—450, Döhlen 250 bis 425, Kühe 110—380, Kälber 300—470, Junavieh 100—380. — Tuttlingen: Stiere 230, Kühe 145, Rinder 110—130 Markt.

Schweinepreise, Badnag: Milchschweine 8—12. — Bernhausen a. d. Fildern: Ferkel 15—30, Milchschweine 7,50—12,50. — Vöhringen: Milchschweine 11—18. — Calw: Milchschweine 10,50 bis 16,50, Ferkel 17,50—32. — Dillingen: Milchschweine 12,50 bis 16. — Hechingen: Milchschweine 10—17,50. — Mengen: Milchschweine 15—21. — Wangen i. N.: Ferkel 10—18 Mt.

Fruchtpreise, Vöhringen: Saatweizen 14,50—15, Saatgerste 9,50—11,50, Gerste 9,40, Haber 8,60—9,40, Saathaber 10, Kernen 13,30—13,50, Weizen 11,70—12, Ferkel 9,20—9,40, Roggen 10,50. — Rottweil: Haber 8,50, Saathaber 11, Gerste 10, Saatgerste 12—13, Sommerweizen 17, Winterweizen 14. — Wangen i. N.: Haber 8—9, Gerste 9,50—10,50, Roggen 11,50, Weizen 12,50 Markt.

Jahresfeier der Vereinigung des Verbands oberwürtt. Fleischervereine in Ulm. Zu der heutigen Jahresfeier waren sehr viele Beobachter eingetroffen. Die Preise haben etwas angezogen. Die Kaufkraft war anfangs sinkend und zum Schluß sehr flott, so daß von den 55 zugeführten Ferkeln 48 und die zugeführten 15 Rinder alle verkauft wurden. Bei Ferkeln war der Höchstpreis 1210, der niedrigste 360 Markt. Der Durchschnittspreis war bei Ferkeln 570 M.; bei Rinder betrug der Höchstpreis 620, der niedrigste 300. Der Durchschnittspreis war hier 475 M. Von den verkauften Tieren kamen 3 nach Bayern, 1 nach Preußen, 9 nach Württemberg außerhalb des Verbandsgebietes und der Rest blieb im Verbandsgebiet.

Schneberichte

Hardt-Hotel bei Mühlhausen: — 1 Grad, 40—50 Zentimeter, pulvrig, Schneefall, Sportmöglichkeit gut.

Mehlfelden: — 4 Grad, 60 Zentimeter, Pulver, sehr gut.

Rußheim: Heiter, — 7 Grad, 100 Zentimeter, Pulver, sehr gut.

Hornisgrunde: Heiter, — 5 Grad, 145 Zentimeter, Pulver, sehr gut.

Oberdorf: Schneefall, — 3 Grad, 80 Zentimeter, neu, Papp, mäßig.

Schoploch bei Freudenstadt (717 m.), den 10. März, Kurhaus Schöbel, Tel. 354, Dornstetten; vorm. 8 Uhr. Schneehöhe: 40—50 cm. Neuschnee. Temperatur: 5 Grad Kälte. Wetter: leicht bedeckt. Bemerkungen: Schilbahn gut! — Es ist kaum möglich, daß Tauwetter eintritt und dürften am Sonntag die Schneeverhältnisse noch sehr gut sein. Schi-Feil!

Das Wetter

Der Tiefdruck hat sich nach Westen verlagert, während sich über Spanien und im Norden Hochdruckgebiete befinden. Für Samstag und Sonntag ist noch nicht bestimmtes, aber vorwiegend trockenes und namentlich bei nächtlicher Auflockerung ziemlich frostiges Wetter zu erwarten.

Geleborene: Jakob Müller, Landwirt, 58 J., Bondorf; O. H. Herrenberg / Karl Friedrich Wagner, Holzhauer 74 J., Petersmühle.

Beilagen-Hinweis

Ein Teil der heutigen Auflage enthält einen Wahlauftrag für Hindenburg zur besonderen Beachtung für die Leser.

Siehe die illustrierte Beilage „Feiertage“

Schluß jetzt! Her zu Hitler!

Ueber dieses Thema spricht Dr. Stähle im Löwenfaal am Samstag Abend 8 Uhr. Eintritt frei!

Rohrdorf/Cannstatt, 10. März 1932



Dankagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Tante und Großtante

Katharine Held

für die zahlreiche Leichenbegleitung und die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, sowie auch für den erhebenden Gesang des Kirchenchores sagen innigsten Dank die trauernden Hinterbliebenen.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Knaben-Anzüge

Stoffanzug „Hans“, Blusenform, weicher Kragen, für 3 Jahre	3.85
Sportanzug „Frit“, zweireihig, fest gemustert, ganz gefüttert, für 3 bis 4 Jahre	7.00
Kieler-Anzug „Paul“, blau Melton, strapazierfähig, trikoth, Oberkragen, Hose gefüttert, für 3 Jahre	8.50
Sportanzug „Hans“, einreihig, mit Knickbündchen, ganz gefüttert, für 8 Jahre	13.00

Kleiderformen geschöpft

Zum Schlachten sämtl. Gewürze garantiert rein

Vorstadt-Drogerie W. Letze.

Ein praktisches, wertvolles Konfirmationsgeschenk für Knaben!

Urkundenmappe

mit 12 Taschen und Inhalts-Verzeichnis, geschmackvoller Einband m. Goldprägung. M 7,50

G. W. Zaiser, Nagold

Horridoh Lüchow!



Roman von Rudolf Herzog

Reclams Universum

Bezug durch die Buchhdlg. Zaiser, Nagold 50 J wöchentlich. — Probe-Nummern kostenlos.

Allen Auslandschwaben

Es ist stets eine große Freude, wenn die allwöchentlich erscheinende Auslands-Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur Neues aus der Heimat bringt. Wenn Sie einen Ihnen verwandten, befreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie uns bitte dessen genaue Adresse bekannt. Wir senden ihm dann gern eine Zeilung zur Probe

die Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur Stuttgart

Eier-Versandschachteln für 25 und 50 Stück stets vorrätig bei G. W. Zaiser, Nagold

Heute keine Singstunde.

Tonfilm-Theater Westfront 1918

Vier von der Infanterie

Das Schicksal von 4 Frontsoldaten

Gegenstück von: „Im Westen nichts Neues“

Heute 8.15 abds. Sonntag 2.15, 4.30, 8.15

Samstag keine Vorstellung

Erwerblose gegen Ausweis 80 Pf. Ermäßigung.

Taschenbibeln in jeder Preislage

Vergißmeinnicht-Bändchen von M 1.20 an

Gedichtbände relig. Inhalts für Konfirmanden

G. W. Zaiser, Nagold.